

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf.

Inserationspreis 15 Pf. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pf. Zeitraumbänder und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Fernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Polakblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Planenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Jahnitz, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lützen, Miltitz-Rothschön, Münzig, Neufürchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrschorf bei Wilsdruff, Rothschönberg mit Verne, Sachsdorf, Schmiedewalbe, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Speichshausen, Landenheim, Unterdorf, Weistropf, Wildberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schulte, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schulte, für den übrigen Teil: Johannes Krzjg, beide in Wilsdruff.

No. 70.

Donnerstag, den 24. Juni 1909.

68. Jahrg.

Verpachtung der städt. Grasnutzung.

Nächsten Sonnabend, den 26. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr sollen im diesigen Rathungssaale die **Grasnutzungen** in den Stadtpark, rechts und links der Freibergerstraße, der Schiefwiese, im oberen Stadtpark, der Wiese am Elektrizitätswerke, im unteren Stadtpark und an den Ufern links und rechts der Saubach unterhalb der Sachsdorfer Brücke unter den im Termine bekannt zu gebenden Bedingungen an den Meistbietenden verpachtet werden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Wilsdruff, den 22. Juni 1909.

Der Stadtrat.
Rahlenderger.

Bis zum 3. Juli d. J.
ist der 2. Termin **Land- und Landesfulturrente** und **bis zum 14. Juli d. J.**

das 2. Vierteljahr **Schulgeld** an die Stadtfeuernereinnahme zu entrichten. Nach Ablauf der Zahlungsfristen erfolgt Einleitung des Beitreibungsverfahrens. Wilsdruff, den 22. Juni 1909.

Der Stadtrat.
Rahlenderger.

Eine Kundgebung des sächsischen Mittelstandes zur Reichsfinanzreform.

Am Vormittag des 20. Juni versammelten sich im „Künstlerhaus“ zu Leipzig die Vorstände sämtlicher großen Landes-Organisationen des Mittelstandes, um zur Reichsfinanzreform Stellung zu nehmen. Die zahlreich besuchte Versammlung wurde geleitet von dem 1. Vorsitzenden der Mittelstandsvereinsigung im Königreich Sachsen, Herrn Ingenieur Theodor Frißh. In einer längeren Ansprache richtete er herzliche Begrüßungsworte an die Erschienenen und machte sie mit dem Zwecke der Tagung bekannt.

Herr Generalsekretär Fabrenbach kennzeichnete in ausführlicher Weise die Stellung, die der Mittelstand gegenüber der Reichsfinanzreform in gegenwärtigen Augenblicke einzunehmen habe. Der Gang der Verhandlungen im Reichstage über die Reichsfinanzreform habe eine Unzufriedenheit hervorgerufen, die kaum noch zu steigern sei. Alle großen Gesichtspunkte seien durch kleinliche Interessenkämpfe erstickt worden. Dem alles zerlegenden Parteigeist opfere man die Lebensinteressen des deutschen Volkes. Die nationale Bevölkerung empfindet direkt Ekkel vor den häßlichen Kabbalereien der Parteien und verlangt endlich Taten zur Förderung der Volks- und Reichsinteressen. Die Lage sei heute so verworren, daß sich in der Frage der Reichsfinanzreform bald kein Mensch mehr auskenne. Ein Steuerprojekt jage das andere. Es sei unerhört, in welcher leichtfertiger Weise man durch das Ausschütten neuer Abgaben auf Handel und Verkehr die Erwerbsstände benutzte. Durch die so erzeugte Unsicherheit wird ein ungeheurer Schaden angerichtet. Auf den Mittelstand wirkte dieser heillose Wirrwarr schädlicher wie auf jede andere Gesellschaftsklasse, weil er so wie so schon unter der Ungunst der Zeitverhältnisse am meisten zu leiden habe. Deshalb müsse aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen verlangt werden, daß der Reichstag dem unwürdigen Schauspiel ein Ende mache.

Der Mittelstand hat sich nun zu entscheiden darüber, wie er sich die Verteilung der neuen Lasten denkt. Die Regierung habe vorgeschlagen, 400 Millionen durch Steuern auf den Massenverbrauch und 100 Millionen durch Steuern auf den Besitz aufzubringen. Bei Verteilung dieser Summe hat sich der Mittelstand zu vergegenwärtigen, daß indirekte Steuern ihn stets am härtesten von allen Ständen treffen. Aber auch der Arbeiterstand wird durch sie härter getroffen wie die bestehenden Klassen. Verteuerten indirekte Steuern die Lebenshaltung in fühlbarer Weise, dann trete sofort das Steuerabwälzungsverfahren in Tätigkeit. Die wirtschaftlich Starken wälzen durch Erhöhung der Preise für Rohstoffe und Fabrikate sowie durch Erhöhung des Zinsfußes die ihnen auferlegte Steuerlast auf die wirtschaftlich Schwächeren ab. Auch die Arbeiter blieben nicht ruhig, wenn ihnen durch indirekte Steuern das Leben erschwert würde. Durch Lohnkämpfe aller Art suchten sie einen Ausgleich herbeizuführen. Höhere Aufwendungen für die Löhne beantwortet die Großindustrie dann wieder durch Preisserhöhungen usw. Dem Mittelstande fehle aber jede Möglichkeit, die ihm aufgebürdeten Lasten abzuwälzen; er muß ruhig stillhalten und zahlen. Durch diese ungünstigen Verhältnisse wird den mittleren Erwerbsständen die Wohlstandsbildung ungeheuer erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Wenn nun aber trotzdem der Mittelstand in anbetrachter Notlage des Reiches zu dem Zugeständnis bereit ist, daß es ohne neue indirekte Steuern auf den Massenkonsum nicht abgeht, so muß er ander-

seits es geradezu als eine sittliche Pflicht des Besitzes bezeichnen, daß er sich bereit erklärt, die von der Regierung geforderten 100 Millionen aufzubringen. Daß sich gewisse Kreise weigern, diese Ehrenpflicht zu erfüllen, hat die Massen des Volkes mit Entrüstung erfüllt. Der Mittelstand müsse von der Regierung fordern, daß sie den Anteil der neuen Reichslasten, der vom Besitz aufgebracht werden soll, nur in Form der Erbschaftsteuer erhebt, weil jede andere Steuer die Gefahr in sich birgt, daß sie von den wirtschaftlich Starken und von den gut organisierten Berufsgruppen auf den Mittelstand abgewälzt wird. Aus diesem Grunde müsse auch der Mittelstand dagegen protestieren, daß man andere Steuern, die von den Gegnern der Erbschaftsteuer zur Herabminderung oder gar Herabsetzung der letzteren vorgeschlagen würden, als Befreiungen bezeichne. Das sei ein Verfahren zur Leberverstellung des Mittelstandes, das nicht scharf genug verurteilt werden könne. Die vorgeschlagenen Erbschaftsteuern liegen fast alle bei näherem Zusehen erkennen, daß sie den Mittelstand mehr treffen wie andere Klassen, so die Reichs-Verzinsungssteuer, die Wertumsatzsteuer, die Steuer auf Gläubiger, Parkförmern usw. Der Mittelstand zögere keinen Augenblick, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. Das Gleiche müsse er aber mit aller Entschiedenheit von den Besitzenden fordern. (Lauter Beifall.)

Sodann sprach Herr Fabrenbach die Bestrebungen des Hansabundes. Dieser sei weiter nichts wie eine Ummodellung des alten Handelsvertrags-Bereichs, der wegen seiner übertriebenen freihändlerischen Forderungen jede Werbestärke verloren habe. Unter neuer Firma suche man den Mittelstand den Sonderinteressen des Großkapitals dienlich zu machen. Würde der Mittelstand diesen Lockrufen folgen, so sei das ungefähr die gleiche Dummheit, als wenn die Schafe ein Schutz- und Trugbündnis mit den Wölfen eingehen würden oder die Gänse mit den Färsen. Ein derartiges Zeugnis politischer Lurelei dürfte sich der Mittelstand, der jetzt zusehends an Macht gewinne, unter keinen Umständen geben. (Sehr richtig.) Auch dürfe der Mittelstand als Hauptträger des nationalen Gedankens keine Politik unterstützen, die den Haß zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung großzucht. Wenn der Mittelstand auch den festen Willen habe, die Interessen der städtischen Bevölkerung ohne alle Nachgiebigkeit gegenüber den zu weitgehenden Ansprüchen der Agrarier hochzuhalten und für die Schaffung einer eigenen starken parlamentarischen Vertretung des städtischen Bürgertums zu wirken, so will er dabei doch nicht vergessen, daß er in wirtschaftlicher Beziehung sehr viele gemeinsame Interessen mit dem ländlichen Mittelstande gegenüber dem Großkapital habe und daß der nationale Gedanke im Bauernstande ebenfalls unerschütterliche Verteidiger finde.

Bei aller Entschiedenheit bei der Wahrung städtischer Bedürfnisse gegenüber den Landwirten sei bedacht, daß wir alle Söhne eines Volkes sind und daß wir die stramme nationale und monarchisch geknüpfte ländliche Bevölkerung nicht entbehren können im Kampfe gegen die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie. (Großer Beifall.)

Herr Stadtrat Hugo Seifert sprach sodann in ausführlicher Weise über die Reichs-Verzinsungssteuer. Wo man versucht habe, die Verzinsungssteuer in Gemeinden einzuführen, sei sie auf den heftigsten Widerstand weiter Mittelstandskreise gestoßen. Diese Abgabe, die in manchen Fällen beinahe einer Konfiskation des Besitzes gleichkomme, müsse auf jeden Fall zu einer Erhöhung der Mieten führen. Aus diesem Grunde belasten sie letzten Endes die schwachen Schultern. Redner sprach sich gegen eine Besteuerung der Wertpapiere aus und befürwortete warm die Erbschaft-

steuer. Es sei tief zu bedauern, daß die Regierung Neigung zu haben scheine, den ursprünglich in Aussicht genommenen Ertrag der Erbschaftsteuer bedeutend herabzusetzen. (Allgemeine Zustimmung.)

Hieran knüpfte sich eine sehr lebhaft ausgesprochene. Die Vertreter der an der Kundgebung beteiligten Verbände gaben Erklärungen ab, in denen sie das Einverständnis ihrer Verbände mit den geplanten Entschlüssen zum Ausdruck brachten.

Besonders wirkungsvoll sprach Herr Architekt Höhnert. Er stellte den in großer Notlage befindlichen Handwerkerstand, der unter Entzügen die ihm auferlegten Lasten trage dem Großgrundbesitzer gegenüber, der sich weigere, die Erbschaftsteuer auf sich zu nehmen. Man habe den Handwerkern durch die soziale Gesetzgebung, deren segensreiche Wirkung er anerkenne, eine große Bürde auferlegt. Man habe damals nicht gefragt, ob diese wirtschaftlich schwachen Existenzen auch in der Lage sein würden, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Man habe einfach die Gesetze geschaffen und es habe gehen müssen. Es handelt sich hier nicht um Leute, von denen man sagen könne, sie hätten Sonntags ihr Huhn im Topfe. Am Sonnabend müsse sich sehr oft der Handwerker die Füße wund laufen, um die Löhne für seine Arbeiter zusammen zu bringen. Es sei nichts Seltenes, daß er an Feiertagen weniger zu essen und zu verzehren habe, wie seine gut bezahlten Arbeiter. Bezgl. des Hansabundes zitierte Redner das Sprichwort: „Für die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber.“ (Anhaltender Beifall.)

Der Generalsekretär der deutschen Mittelstandsvereinsigung, Herr Just-Berlin, betonte, daß von einem Masseneintritt der Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes Preussens in den Hansabund keine Rede sein könne. Auch dort würden die Verbände des gewerblichen Mittelstandes in der gleichen Weise wie ihre Schwesterverbände in Sachsen, vorgehen. (Bravo.)

Nachdem noch zahlreiche Herren im zustimmenden Sinne gesprochen hatten, wurden einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

1. Die am 20. Juni 1909 im Künstlerhaus zu Leipzig versammelten Vertreter
1. der Mittelstandsvereinsigung im Königreich Sachsen,
2. des Verbandes sächsischer Hausbesitzervereine,
3. des Sächsischen Innungsverbandes,
4. des Verbandes sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine,
5. des Verbandes sächsischer Kaufleute,
6. des Deutschen Zentralverbandes für Handel und Gewerbe, und
7. des Bundes Sachsen der Rabattsparteyvereine Deutschlands

protestieren gegen eine weitere Verschleppung der Reichsfinanzreform und stehen nach wie vor auf dem Boden der von den Mittelstandsvereinsigungen am 13. April d. J. in Berlin gefaßten Entschlüsse.

An die Regierung richtet die Versammlung die dringende Bitte, an ihrer ursprünglichen Absicht, daß zum mindestens 100 Millionen Mark des neuen Steuerbedarfs durch den Besitz aufzubringen sind, unverrücklich festzuhalten. Wenn es nun einmal nicht zu vermeiden ist, daß auf den Massenverbrauch abermals mehrere 100 Millionen Mark Abgaben gelegt werden müssen, Abgaben, die den Mittelstand und die minderbemittelten Bevölkerungsschichten viel härter treffen wie die Reichen, dann erfordert es die ausgleichende Gerechtigkeit,